

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	Sozialausschuss
STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	07.12.2011
	Verantwortlich:	1 a öffentlich Dez. 3
Jobcenter Stadt Karlsruhe – Jahresbilanz 2010		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Sozialausschuss	07.12.2011	1 a	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Sozialausschuss nimmt die Jahresbilanz 2010 zustimmend zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		

Vorbemerkung

Das Jahr 2010 war zunächst noch von den Folgen der Wirtschaftskrise überschattet. Die positive Entwicklung der Vorjahre wurde durch die Einflüsse dieser Krise unterbrochen. Ab der zweiten Hälfte des Jahres war der Wirtschaftsaufschwung auch im Rückgang der Bedarfsgemeinschaften erkennbar. Trotzdem wirkten sich die positive konjunkturelle Entwicklung und die Belebung am Arbeitsmarkt zunächst vor allem im Rechtskreis des SGB III aus. Der hohe Anteil von Kundinnen und Kunden mit multiplen Vermittlungshemmnissen konnte nicht in gleichem Umfang von dieser Belebung profitieren. Einige integrationsnahe Kundinnen und Kunden des Rechtskreises SGB II konnten zumindest verzögert diese Marktbelebung für sich nutzen. Dank ihres traditionellen Schwerpunktes im Dienstleistungsbereich ist die Region in Rezessionsphasen weniger anfällig. Die Konjunkturlokomotiven des verarbeitenden Gewerbes sind in Karlsruhe aber unterdurchschnittlich repräsentiert, weshalb positive Entwicklungen hier weniger stark und dann mit zeitlicher Verzögerung ankommen.

Der Arbeitsmarkt der Stadt Karlsruhe ist geprägt von einer hohen Nachfrage an qualifizierten Fachkräften im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen, sowie der öffentlichen Verwaltung. Es besteht nicht das flächendeckende Angebot an Arbeitsplätzen im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe wie in anderen Agenturbezirken ähnlicher Größe, somit werden Arbeitsplätze für Ungelernte und Geringqualifizierte auch in Zeiten wirtschaftlicher Dynamik in der Stadt Karlsruhe und in unmittelbarer Umgebung nicht in dem wachsenden Umfang angeboten.

Derzeit befinden wir uns weiterhin noch in einer Phase des Aufschwungs, die primär vom verarbeitenden Bereich getragen wird. Gerade Arbeitsplätze für ungelernete und wenig qualifizierte Arbeitnehmer/-innen sind im Zuge der Rationalisierungs- und Modernisierungsoffensiven der Industriebetriebe in den letzten Jahrzehnten weggefallen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II liegt in der Stadt Karlsruhe unter dem Durchschnitt in Baden-Württemberg. Trotz dieser beschriebenen Umstände konnten insbesondere auch durch die intensive Betreuung der Leistungsbezieherinnen und -bezieher durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters erheblich mehr Leistungsempfänger integriert werden, als ursprünglich geplant waren.

Das Jahr 2010 war ferner von den Vorbereitungsarbeiten des Übergangs der ARGE in die gemeinsame Einrichtung Jobcenter Stadt Karlsruhe zum 01.01.2011 gekennzeichnet.

1. Statistische Daten

1.1 Zielwerte

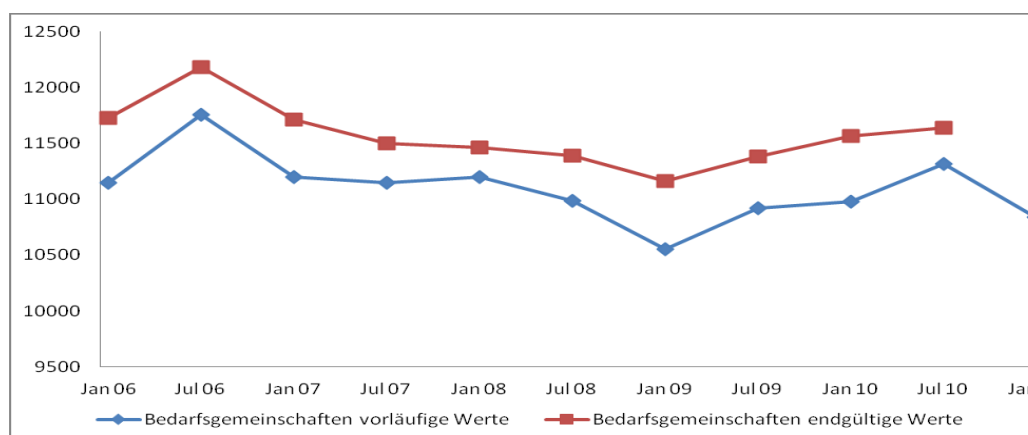
Zielindikatoren	Zielwert im Vergleich zum Vorjahr	Erwartungswerte	Ergebnis
Senkung passiver Leistungen	13,1 %	4,7 %	-0,80 %
Steigerung Integrationen (alle)	-13,0 %	1,1 %	22,5 %

Die Zielwerte wurden im Frühjahr 2010 aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach oben korrigiert und als Erwartungswerte in die Planung aufgenommen.

Die passiven Leistungen durften ursprünglich um 13,1 % im Vergleich zum Vorjahr steigen, wurden jedoch als korrigierte Erwartung der wirtschaftlichen Entwicklung in eine höchstmögliche Steigerung von 4,7 % geändert. Das Jobcenter Stadt Karlsruhe konnte sogar die Ausgaben für passive Leistungen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % senken.

Ziel sollte es auch sein, die Integrationsquote im Jahr 2010 um nicht mehr als 13,0 % zu senken. Diese Zielsetzung wurde aber nochmals berichtigt und auf eine Steigerung um 1,1 % angepasst. Das Jobcenter Stadt Karlsruhe konnte im Ergebnis diesen Erwartungswert auf 22,5 % steigern.

1.2 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften

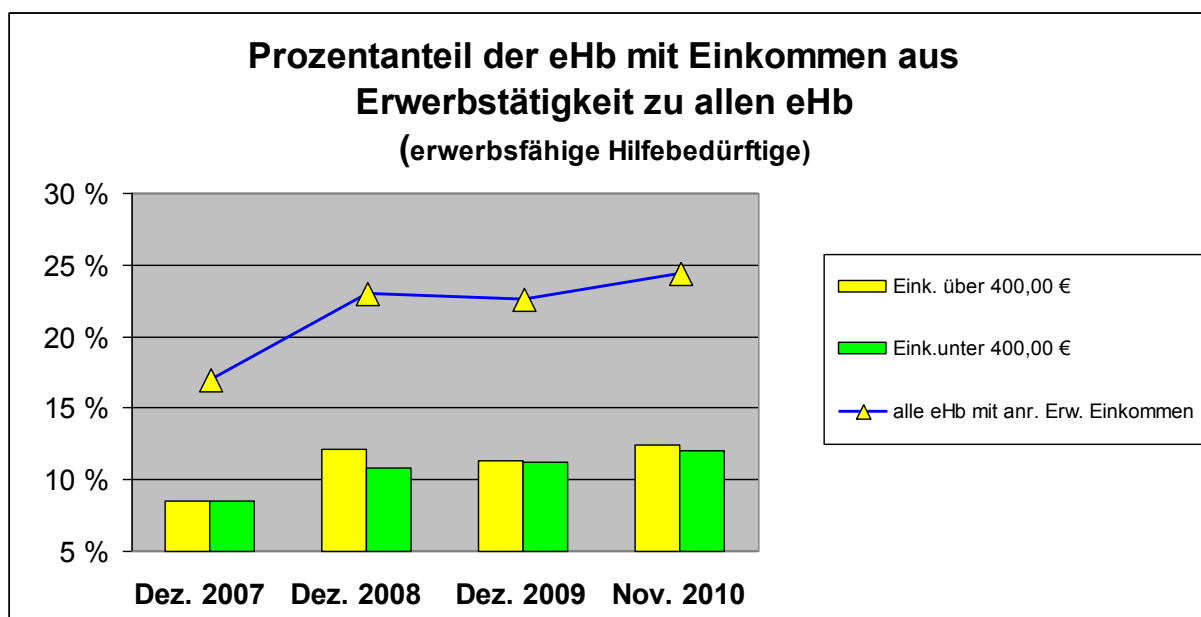


Im November 2010 waren noch 11.189 Bedarfsgemeinschaften ganz oder teilweise auf die Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Dies entspricht 327 Bedarfsgemeinschaften weniger als im Monat Dezember 2009. Im gleichen Zeitraum hat auch die Anzahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften um 593 abgenommen.

1.3 Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit ergänzenden Ansprüchen

1.3.1 Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit anrechenbarem Erwerbseinkommen

	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009	Nov. 2010
Bedarfsgemeinschaften	11.425	11.139	11.516	11.189
Personen in Bedarfsgemeinschaften	20.783	19.888	20.339	19.746
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)	15.150	14.550	14.991	14.546
davon mit anrechenbarem Erwerbseinkommen	2.572	3.339	3.378	3.551
in Prozent zu eHb	16,98 %	22,95 %	22,53 %	24,41 %
Einkommen über 400,00 €	1.287	1.770	1.693	1.805
in Prozent zu eHb	8,50 %	12,16 %	11,29 %	12,41 %
Einkommen unter 400,00 €	1.285	1.569	1.685	1.746
in Prozent zu eHb	8,48 %	10,78 %	11,24 %	12,00 %



Im November 2010 haben 968 der 1.805 Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit anrechenbarem Einkommen über 400,00 € ein Bruttoeinkommen von über 800,00 € erzielt.

1.3.2 Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I (Alg I).

	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009	Nov. 2010
Bedarfsgemeinschaften	11.425	11.139	11.516	11.189
Erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)	15.150	14.550	14.991	14.546
Erwerbsfähige Hilfebedürftige mit Alg I	307	261	407	262
in Prozent zu eHb	2,03 %	1,79 %	2,72 %	1,80 %

1.4 Integrationen

	insgesamt		davon unter 25 Jahre
2007	3.770	2007	760
2008	3.622	2008	748
2009	2.853	2009	531
2010	3.794	2010	728

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt schlägt sich auch an der Steigerung der Integrationen nieder.

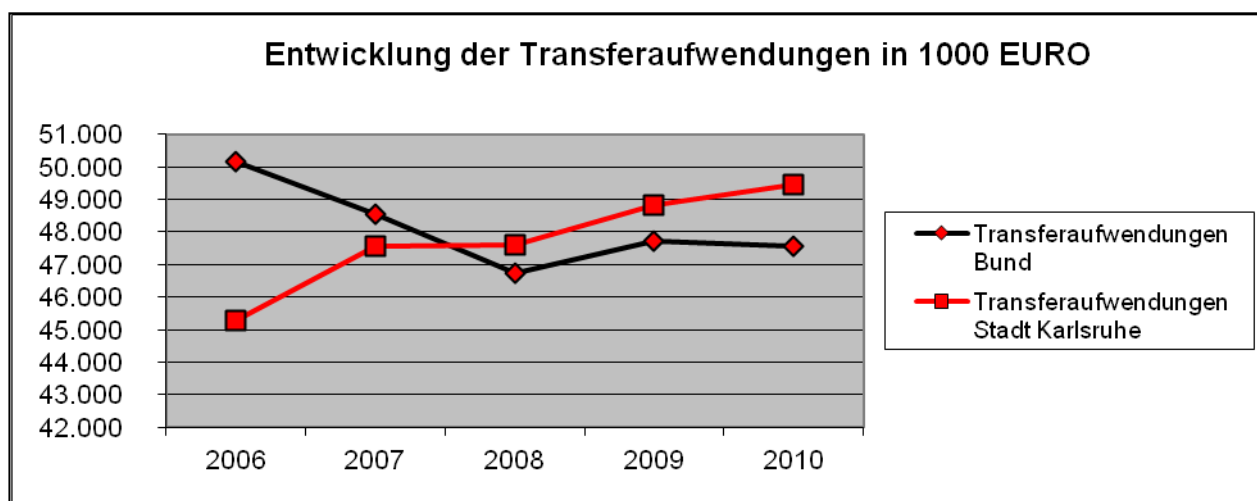
1.5 Zu- und Abgänge aus Arbeitslosigkeit

	2008	2009	2010
Zugänge:	14.080	13.856	16.950
Abgänge:	15.319	15.181	18.219

Die Zu- und Abgangszahlen betreffen nur den Bereich SGB II und belegen auch im Jahr 2010 die große Bewegung im Bereich der Langzeitarbeitslosen.

2. Haushaltsdaten 2010**2.1 Transferleistungen**

in Tausend €	2006	2007	2008	2009	2010
Transferaufwendungen Bund	50.163	48.549	46.740	47.709	47.577
Transferaufwendungen Stadt Karlsruhe	45.296	47.551	47.586	48.806	49.449
Gesamtaufwand	95.459	96.100	93.204	96.515	97.026



2.2 Aufwendungen Bund (ohne Bundesanteil Kosten der Unterkunft)

	2007	2008	2009	2010
Transferleistung (Bund)	48,08 Mio. €	46,80 Mio. €	47,70 Mio. €	47,58 Mio. €
Eingliederungsleistungen (Bund)	12,60 Mio. €	13,90 Mio. €	14,60 Mio. €	15,94 Mio. €
Verwaltungskosten (Bund)	9,81 Mio. €	11,00 Mio. €	12,30 Mio. €	13,03 Mio. €

2.3 Kommunale Aufwendungen

	2007	2008	2009	2010
Unterkunftskosten Stadt Karlsruhe	46,50 Mio. €	46,40 Mio. €	47,60 Mio. €	48,11 Mio. €
Bundesanteil an der KdU (2007 35,2 %; 2008 32,6 %; 2009 29,4 %; 2010 27,0 %)	16,00 Mio. €	14,80 Mio. €	13,70 Mio. €	12,79 Mio. €
Nettobelastung KdU Kommune	30,50 Mio. €	31,60 Mio. €	33,90 Mio. €	35,32 Mio. €
Einmalige kommunale Leistungen	1,00 Mio. €	1,12 Mio. €	1,19 Mio. €	1,33 Mio. €
Flankierende kommunale Eingliederungsleistungen	0,71 Mio. €	0,81 Mio. €	0,82 Mio. €	0,82 Mio. €
Personal- und Verwaltungskostenanteil der Stadt Karlsruhe (12,6 %)	1,24 Mio. €	1,60 Mio. €	1,75 Mio. €	1,79 Mio. €

2.4 Eingliederungsmittel Bund

Jahr	Zuweisung Eingliederungsmittel	Übertragung auf Verwaltungshaushalt	Gesamtausgaben	in %
2005	12,6 Mio. €	keine	6,3 Mio. €	50,00 %
2006	12,6 Mio. €	keine	11,8 Mio. €	85,00 %
2007	14,5 Mio. €	450.000,00 €	12,6 Mio. €	92,59 %
2008	15,8 Mio. €	600.000,00 €	13,9 Mio. €	88,00 %
2009	15,8 Mio. €	600.000,00 €	14,6 Mio. €	91,80 %
2010	16,7 Mio. €	Keine	15,9 Mio. €	95,80 %

3. Markt & Integration

Für Fördermaßnahmen konnten im 2010 knapp 16 Mio. € eingesetzt werden. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. Einer der Schwerpunkte der Eingliederungsbemühungen des Jobcenters waren erneut jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahre.

3.1 Zielgruppenspezifische Aktivitäten

3.1.1 Erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahre (U 25)

Im Dezember 2010 bezogen insgesamt 2.145 erwerbsfähige Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren Leistungen nach dem SGB II. 327 Betroffene dieser Personengruppe waren arbeitslos.

	Dez. 2008	Dez. 2009	Dez. 2010
Bedarfsgemeinschaften	10.538	10.931	10.863
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)	13.732	14.182	14.083
eHb unter 25 Jahre	2.159	2.208	2.145
in Prozent zu eHb	15,72 %	15,57 %	15,23 %
arbeitslose eHb unter 25 Jahre	398	405	327
in Prozent zu eHb unter 25 Jahre	18,43 %	18,34 %	15,24 %
Zur Vergleichbarkeit wurden die vorläufigen Werte verwendet.			

- **Neuantragstellerinnen und Neuantragsteller:**

Auch 2010 wurde das Ziel, allen jugendlichen Neuantragsteller/-innen bereits beim ersten Gespräch ein adäquates Angebot zu unterbreiten, erreicht.

Insgesamt 272 Jugendliche wurden im Laufe des Jahres in ein dreimonatiges Sofortangebot vermittelt. Dieses Programm verbindet Tätigkeiten in einer Übungswerkstatt mit einem klassischen Bewerbungstraining und Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt.

- **Marktnahe Jugendliche**

In einer vierwöchigen Trainingsmaßnahme wurden insgesamt 104 Teilnehmerinnen und Teilnehmern notwendige Schlüsselqualifikationen vermittelt, Bewerbungsunterla-

gen erstellt und Unterstützung bei der Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche geleistet. Im Anschluss erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weitere acht Wochen Nachbetreuung.

- **Teilzeitausbildung**

Das vom Jobcenter kofinanzierte Projekt des Europäischen Sozialfonds ermöglicht es jungen Müttern und Vätern, eine Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren. Gleichzeitig erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Träger Hilfe bei der Organisation der Kinderbetreuung, sozialpädagogische Betreuung aber auch Unterstützung bei Behördengängen. 2010 nahmen insgesamt 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Teilzeitausbildung (Vorbereitungsphase und Ausbildung) teil. 10 Auszubildungsverhältnisse konnten neu abgeschlossen werden, 10 Ausbildungen wurden erfolgreich beendet. Davon wurden 9 Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernommen oder anderweitig in Arbeit vermittelt.

- **Freie Förderung**

Im Rahmen dieser gesetzlichen Möglichkeit wurde ein Projekt für 20 langzeitarbeitslose junge Menschen konzipiert, die bereits alle Maßnahmen durchlaufen oder abgebrochen haben. Hier arbeiten drei Träger und das Jobcenter eng zusammen, um die sozialpädagogische Betreuung, psychologische Beratung und Arbeitsangebote individuell aufeinander abzustimmen. Abbrüche sollen dadurch weitestgehend verhindert werden.

- **Arbeitsgelegenheiten (AGH)**

Insgesamt stehen speziell für Jugendliche 104 Plätze zur Verfügung. Die Arbeitsangebote reichen von Hilfstätigkeiten in sozialen Einrichtungen, im Bereich Verwaltung oder Hauswirtschaft, bis hin zu landschaftspflegerischen Arbeiten. Die Heranführung an eine Ausbildung oder Arbeit durch intensive sozialpädagogische Betreuung steht im Vordergrund.

- **Von Obdachlosigkeit bedrohte bzw. obdachlose junge Menschen**

Zusätzlich zur Obdachlosigkeit bestehen oft weitere Problemlagen wie z. B. Drogen- oder Alkoholmissbrauch. Die Jugendlichen werden individuell in Teilzeitangeboten an regelmäßige Strukturen herangeführt. Das Projekt findet über einen Zeitraum von sechs Monaten statt und wird besonders intensiv sozialpädagogisch begleitet. 2010 wurden die Plätze aufgrund des Bedarfs von 12 auf 15 Plätze erhöht. Zwischenzeitlich wurde das Angebot insgesamt von 37 Jugendlichen genutzt.

- **„Totalverweigerer“**

In einer sechs Monate dauernden individuellen Aktivierungsmaßnahme wurde 2010 mit 60 (2009: 43) Jugendlichen daran gearbeitet, wieder eine Grundlage für zielgerichtete Eingliederungsmaßnahmen zu schaffen.

- **Hauptschulabschluss**

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs wird der Erwerb des Hauptschulabschlusses während der Dauer einer 12-monatigen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme ermöglicht.

3.1.2 Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Dieser Personenkreis hat neben oftmals multiplen Vermittlungshemmnissen zusätzlich noch Wohnungsprobleme. Zunächst wird daher in intensiver Beratungsarbeit versucht, die Wohnsituation zu verbessern, bevor Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen können.

Die Mitte des Jahres 2009 eingekaufte spezielle Maßnahme im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten wird mit 15 Plätzen weiterhin angeboten. Ziel ist es, realisierbare Lebensperspektiven zu entwickeln, die die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Wohnungslosen berücksichtigen.

Immerhin ist es der Fachstelle Wohnungssicherung gelungen, ca. 11 % der dort betreuten Personen wieder in Arbeit zu integrieren.

3.1.3 Alleinerziehende

	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009	Dez. 2010
Bedarfsgemeinschaften	10.784	10.538	10.931	10.863
erwerbsf. Hilfebedürftige (eHb)	14.260	13.732	14.182	14.083
Alleinerziehende eHb	2.232	2.162	2.124	2.070
in Prozent zu eHb	15,65 %	15,74 %	14,98 %	14,70 %
Alleinerz. eHb unter 25 Jahre	203	207	212	181
Alleinerz. eHb über 25 Jahre	2.016	1.955	1.912	1.889
Alleinerz. eHb männlich	108	100	103	102
Alleinerz. eHb weiblich	2.111	2.062	2.021	1.968

Auch im Jahr 2010 wurden wieder AGH-Plätze für allein erziehende Mütter und Väter angeboten. Besonderheit dieser AGH ist die vorgeschaltete „Clearingphase“, während der mit den allein erziehenden Müttern oder Vätern Unterbringungsprobleme der Kinder besprochen und gelöst werden.

3.1.4 Förderung von Migrantinnen und Migranten

Ein hoher Anteil an Migrantinnen und Migranten wird bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angestrebt.

Außerdem lag der Schwerpunkt der Förderung im Angebot von Sprachkursen. Bei allen Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit Sprachdefiziten, die sich auf die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt auswirken, wurde geprüft, ob die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgeschöpft waren. Gegebenenfalls wurde eine erneute Verpflichtung für einen BAMF-Kurs ausgesprochen.

War die Förderung eines Integrationskurses durch das BAMF nicht mehr möglich, konnten die Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit Migrationshintergrund an einem berufsbezogenen Sprachkurs über ESF-BAMF teilnehmen. Danach wurden nur noch wenige Teilnahmen an Sprachkursen ergänzend über das Jobcenter notwendig.

Seit dem 01.09.2009 wird im Rahmen der freien Förderung eine Maßnahme zur Eingliederung von Migrantinnen und Migranten mit 10 Plätzen (ab 01.06.2010 15 Plätze) angeboten. Schwerpunkt ist hier die intensive Betreuung unter Einbeziehung der Familie sowie aufsuchende Sozialarbeit. 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Maßnahme bisher durchlaufen. Davon konnten 8 in Arbeit/Selbständigkeit vermittelt werden.

3.1.5. Leistungsbezieherinnen und -bezieher über 50 Jahre (Bundesprogramm „Perspektive 50plus“)

Im Rahmen des Bundesprogrammes wurden im Jahr 2010 im Durchschnitt 650 Leistungsbezieherinnen und -bezieher des Jobcenters von den zusätzlich eingestellten 7 Vermittlungskräften betreut. Die Personalkosten wurden hierbei zu 100 % aus Bundesmitteln erstattet. Durch intensive Betreuung und Aktivierung der Fachkräfte konnten 189 Leistungsbezieher/-innen des Jobcenters in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse am ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Das Jobcenter hat beschlossen auch ab 01.01.2011 – 31.12.2015 an der III. Programmphase teilzunehmen.

3.1.6. Modellprojekt „Bürgerarbeit“ des BMAS

Ab 15.07.2010 nimmt das Jobcenter am Modellprojekt des BMAS teil. Ziel der Bürgerarbeit ist es, während einer 6-monatigen Aktivierungsphase möglichst viele arbeitsmarktferne Leistungsbezieherinnen und -bezieher direkt in den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln. Arbeitslosen bei denen dieses nicht gelingt, kann im Einzelfall nach der Aktivierungsphase ein Bürgerarbeitsplatz angeboten werden. Beim Jobcenter werden so sukzessive 500 Kunden aktiviert. Die für Karlsruhe bewilligten 50 Bürgerarbeitsplätze sollen ausschließlich bei den städtischen Arbeitsförderungsbetrieben gGmbH (AFB) angesiedelt werden. Die im Rahmen der Bürgerarbeit ausgeführten Tätigkeiten müssen im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und wettbewerbsneutral sein. Die Bürgerarbeitsplätze werden vom BMAS für einen Zeitraum von 3 Jahren mit monatlich bis zu 1080 Euro gefördert. Die Vergütung im Rahmen der Bürgerarbeit erfolgt nach Tarif. Es handelt sich um sozialversicherungspflichtige (ohne Arbeitslosenversicherung) Beschäftigungsverhältnisse.

3.2 Allgemeine Eingliederungsmaßnahmen

3.2.1 Arbeitsgelegenheiten (AGH)

2010 standen ca. 1.200 AGH-Plätze mit Mehraufwandsentschädigung zur Verfügung. Eine Zuweisung erfolgt im Regelfall für bis zu sechs Monate. Insgesamt nahmen 1.986 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer AGH teil.

Im Prüfbericht des Bundesrechnungshofes vom 12.08.2010 wird die Auslegung der Begriffe „Zusätzlichkeit“, „öffentliches Interesse“ und „Wettbewerbsneutralität“ erneut konkretisiert und die Handhabung in den Jobcentern beanstandet.

Im Rahmen der Antragstellung wird durch das Jobcenter auf das Vorliegen aller Voraussetzungen besonders geachtet. Dennoch werden die Beanstandungen zum Anlass genommen, 2011 alle Einsatzstellenangebote erneut zu überprüfen und entsprechend den Erfordernissen zu beurteilen.

Trotz aller Kritik sind die AGH weiterhin das wichtigste Eingliederungsinstrument des Jobcenters. Ziel der AGH ist es, erwerbsfähige Leistungsbezieherinnen und -bezieher bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen und diese auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten sowie daran mitzuwirken, die vorhandene Erwerbsfähigkeit zu erhalten.

Neben den allgemeinen Arbeitsgelegenheiten wurden 2010 für die folgenden Zielgruppen Themenschwerpunkte gebildet:

- Wohnungslose,
- Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit Suchtproblemen,
- Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit gesundheitlichen Einschränkungen,
- Alleinerziehende,
- Leistungsbezieher/-innen ab 50 Jahre,
- Neuantragstellerinnen und -antragsteller.

2010 wurden 66 AGH-Plätze in der so genannten Entgeltvariante eingerichtet. Hier können Lohnkosten zu 100 % durch das Jobcenter übernommen werden. Insgesamt 79 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen dieses Angebot wahr.

3.2.2 Weitere Eingliederungsmaßnahmen

Art der Maßnahme	Zielgruppe	Dauer der Maßnahme	Anzahl der Plätze	Teilnehmerinnen und Teilnehmer 01.01.2010 bis 31.12.2010
sofortige Aktivierung mit Bewerbungscoaching und Unterstützung bei der Antragstellung	Neuantragstellerinnen und -antragsteller	3 - 5 Tage Teilzeit	240 monatlich	2.221

Art der Maßnahme	Zielgruppe	Dauer der Maßnahme	Anzahl der Plätze	Teilnehmerinnen und Teilnehmer 01.01.2010 bis 31.12.2010
Trainingsmaßnahme mit Schwerpunkt Bewerbungstraining	marktnahe Kunden	4 Wochen Teilzeit	54	427
Trainingsmaßnahme mit Schwerpunkt Orientierung & Aktivierung	Kunden mit größerem Unterstützungsbedarf	8 Wochen Vollzeit + 4 Wochen Praktikum	44	214
Aktivierungsmaßnahme: Gesundheitsmanagement, Ziele definieren, individuelle Lösungsansätze finden	Kunden über 50 Jahre, die am Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ teilnehmen	6 Monate Teilzeit	15	15
Aktivcenter zur Heranführung an den Arbeitsmarkt mit sozialpädagogischer Unterstützung	Langzeitarbeitslose mit besonderen Schwierigkeiten (z. B. psychische Auffälligkeiten, gesundheitliche Einschränkungen)	6 Monate	56	117
Stabilisierungsmaßnahme-alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, Steigerung der Motivation	Integrationsferne Langzeitarbeitslose über 50 Jahre mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen	6 bis 12 Monate	21	31
vermittlungsorientierte Maßnahme	Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit verstärktem Betreuungsbedarf	6 Monate Teilzeit	324	366
vermittlungsorientierte Maßnahme	schwerbehinderte Kunden	6 bis 12 Monate	50	58
Existenzgründerseminar - Informationen und Eignungsfeststellung	Gründungsinteressierte	4 Wochen Teilzeit	60	54
Existenzgründercoaching - Unterstützung in der Anfangsphase der Selbstständigkeit	Kunden in der Gründungsphase	12 Monate	5	5
Businesscoaching zur Feststellung der Tragfähigkeit	Selbstständige mit längerem ergänzenden Leistungsbezug	6 Monate	40	39
Motivationscoaching zur Unterstützung bei der Vermittlung	arbeitsmarktnahe Kunden	5 Termine	100	100
Integrationscoaching zur Motivationsstärkung, Krisenmanagement oder Klärung von Vermittlungshemmnissen	Langzeitarbeitslose	6 Termine	324	276
Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) durch Bildungsgutscheine	Leistungsbezieher/-innen mit speziellem Qualifizierungsbedarf	Ø 3 Monate		648

Summe

4571

3.3 Jobcenter-Jobvermittlung

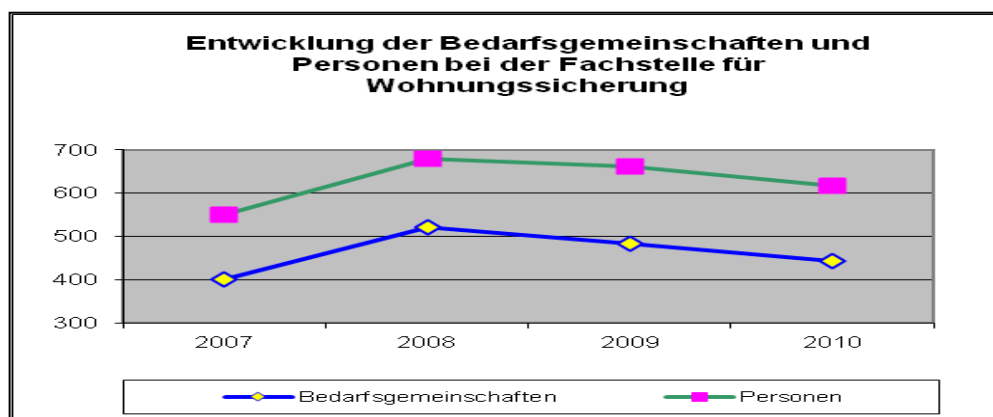
Mit Unterstützung des Vermittlungsteams des Jobcenters konnten 274 Leistungsbezieherinnen und -bezieher im Jahre 2010 in versicherungspflichtige Tätigkeiten vermittelt, sowie 23 weiteren Kundinnen und Kunden bei der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit geholfen werden. Insgesamt wurden damit 297 Kundinnen und Kunden auf diesem Wege integriert. 32 weitere Kundinnen und Kunden wurden in 400-€-Jobs vermittelt. Ergänzend hierzu wurde die Kooperation mit der Arbeitsvermittlung des Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit weiter ausgebaut.

4. Bereich Leistungsgewährung

4.1 Schnittstelle zur Fachstelle Wohnungssicherung

Von der Fachstelle Wohnungssicherung wurden zum 31.12.2010 insgesamt 418 Bedarfsgemeinschaften als Wohnungsnotfälle bearbeitet. Die Zahl der dort betreuten Bedarfsgemeinschaften ist gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken.

	Dez. 2007	Dez. 2008	Dez. 2009	Dez. 2010
Bedarfsgemeinschaften	400	522	484	443
Personen	550	679	662	617



Durch die enge Verzahnung zwischen dem Jobcenter und der Fachstelle Wohnungssicherung konnten auch 2010 wieder Wohnungsräumungen für SGB II-Hilfebezieherinnen und -bezieher weitgehend verhindert werden. Wie in den Vorjahren wurden Zwangsräumungen und obdachlosenrechtliche Unterbringungen von Familien mit Kindern ausschließlich wegen finanzieller Probleme vermieden.

4.2 Außendienst

2010 haben die Mitarbeiter/-innen des Außendienstes bei 557 Aufträgen und über 750 Hausbesuchen wesentliche Informationen erhalten, die für den weiteren Verlauf der Hilfestellung ausschlaggebend waren.

Bei ca. 20 % der Außendienstaufträge hat sich der Verdacht auf Leistungsmisbrauch bestätigt. Dadurch konnten z. B. im 2. Halbjahr 2010 ungerechtfertigte Transferaufwendungen des Bundes und der Stadt Karlsruhe vermieden werden.

Anzahl der Außendienstaufträge	Finanzielles Ergebnis	
	BA-Leistungen	Kommunale Leistungen
557	49.688,57 €	74.750,30 €

4.3 Widerspruchs- und Klageverfahren

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 2.232 Widersprüche neu eingelegt. In 850 Fällen wurde dem Anliegen der Widerspruchsführer ganz stattgegeben. In 177 Fällen wurden Klagen vor dem Sozialgericht eingereicht und in 33 Fällen einstweiliger Rechtsschutz beantragt.

5. Ausblick auf 2011

5.1 Eingliederungsmittel

Die für das Jahr 2011 zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel wurden im Rahmen der Eingliederungsmittel-Verordnung (EingIMV 2011) für das Jobcenter Stadt Karlsruhe deutlich gekürzt. Deshalb stehen im Jahr 2011 nur noch 12,75 Mio. € zur Verfügung. In diesem Betrag sind die Leistungen zur Beschäftigungsförderung mit 1,73 Mio. € enthalten. Weiter sind wegen der ebenfalls sinkenden Zuweisungen im Verwaltungshaushalt ca. 850.000.00 € aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt umzuschichten.

5.2 Eingliederungsmaßnahmen

Die Eingliederungsmaßnahmen müssen wegen der Mittelkürzung entsprechend angepasst werden. Dabei ist an keine größere Veränderung der Schwerpunktthemen ge-

dacht worden. Lediglich eine weitere Differenzierung auf die speziellen Bedürfnisse der Leistungsbezieherinnen und -bezieher wird angestrebt.

Beschluss:

I. Antrag an den Sozialausschuss:

Der Sozialausschuss nimmt die Jahresbilanz 2010 zustimmend zur Kenntnis.